

## Berlin



### „Neustart“ des Landesverbandes Berlin

Ein Neustart des Landesverbandes Berlin war am 07.12.2012 Zielsetzung der Alt- und etlicher Neumitglieder und wurde nicht zuletzt durch die Anwesenheit von zahlreichen Kolleginnen und Kollegen des Bundesvorstandes unterstützt. Neben der Wahl eines neuen Vorstandes wurden in diesem Kreis auch zukünftige Handlungsfelder und Herausforderungen des Landesverbandes Berlin zusammengetragen. Peter Massing, der der Arbeit des Verbandes über mehr als ein Jahrzehnt ein Gesicht verliehen hat, ist als Vorsitzender zurückgetreten. Gewählt wurden seine Mitarbeiterin am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin in der Politikdidaktik, Sabine Achour als 1. Vorsitzende, Jürgen Menthe, Juniorprofessor in Hamburg, als Stellvertreter und Mirko Niehoff, ebenfalls Mitarbeiter von Peter Massing, als Schatzmeister. Zusätzlich konnten elf Mitglieder als Beisitzer gewonnen werden, mit deren Hilfe die Vielfalt politischer Bildungsarbeit vertreten sein wird: von der universitären Lehrerbildung, der 2. Phase, Studierende, Lehrende aus dem Bereich der Grundschule wie der Oberschulen bis hin zur außerschulischen politischen Bildung.

### Themenschwerpunkte des Landesverbandes

Am 25.01.2013 trafen sich der Vorstand, die Beisitzer und interessierte Mitglieder, um konkrete Ziele auf die Verbandsagenda zu setzen, mit welchen neue Mitglieder gewonnen werden können. Auch schon auf der Sitzung im Dezember wurden zahlreiche Themen angesprochen, bei denen ein Engagement, aber auch die

Expertise des Landesverbandes wünschenswert wäre.

### Stärkung der Fächer der politischen Bildung in der Schule

Ein zentraler Punkt ist die prinzipielle Stärkung der Fächer der politischen Bildung in Berlin, der Sozialkunde in der Sekundarstufe I sowie der Politikwissenschaft in der Oberstufe. Obwohl die FU Berlin bundesweit wohl so viele Politiklehrer/-innen ausbildet wie kaum eine andere Universität, sind die Berufsaussichten für die Absolventen eher schlecht. Sozialkunde ist mit einem Drittel der Stundenzahl in das Fach Geschichte integriert, wird häufig fachfremd bzw. aufgrund der kaum zu bewältigenden Stofffülle des Geschichtsrahmenlehrplans gar nicht unterrichtet und immer stärker von dem neu eingeführten Fach Ethik verdrängt. Studierende, die sich um einen Praktikumsplatz bewerben, hören mittlerweile immer häufiger von der Schulleitung: „Sozialkunde gibt es hier nicht.“ Dabei handelt es sich nicht nur um ein Problem für die Studierenden, einen Praktikumsplatz zu finden. Politikunterricht wird in Berlin zu einem elitären Fach der Oberstufe, welches Schülerinnen und Schülern, die nicht das Abitur erwerben werden, verwehrt bleibt. Die möglichen Konsequenzen – von Politikverdrossenheit bis hin zu autoritären Denkmustern – begegnen den Politiklehrer/-innen immer deutlicher an den Berufsschulen und Oberstufenzentren und haben mit politischer Integration und Mündigkeit wenig zu tun. In Anbetracht dessen, dass Berlin die Hauptstadt der Politik ist, handelt es sich um eine desolate Situation.

Eine politische Initiative, von Schülerinnen und Schülern unter

der Ägide „Wir wollen Politik Lernen“ selbst ins Leben gerufen, um dem Abhilfe zu verschaffen und das Fach – z. B. durch epochalen Unterricht zu stärken, ist vom Abgeordnetenhaus 2012 abgeschmettert worden ... Das Verhältnis von Politik und politischer Bildung scheint in Berlin zurzeit nicht sehr innig zu sein.

### Die DVPB als Gesicht der politischen Bildung in Berlin

Die Arbeit der DVPB wird sich also insbesondere dem Versuch widmen, die Wahrnehmung der politischen Bildung und ihrer Vertreter in Berlin schulisch und außerschulisch zu stärken. Anfang des Jahres finden daher verschiedene Treffen statt wie mit Vertretern der Senatsschulverwaltung, einem Mitarbeiter der Bildungssenatorin sowie der Landeszentrale für politische Bildung, um Kooperationspartner zu finden bzw. die bisherige Zusammenarbeit weiter auszubauen.

Für die Lehrerbildung von besonderer Bedeutung ist das neue Lehrerbildungsgesetz, an dem zurzeit in Berlin gearbeitet wird. Die Vorsitzende Sabine Achour beteiligt sich an dessen inhaltlicher Ausgestaltung auf politischer Ebene und wird versuchen, die Interessen der Didaktiken an den Hochschulen zu vertreten, unter denen die Politikdidaktik in Berlin eine der größten ist. Da die praktische Ausbildung der Studierenden z. T. auch in Zusammenarbeit mit der 2. Phase erfolgen wird, wird sich der Landesverband im Vorfeld mit den Fachseminarleiterinnen und -leitern zusammensetzen, um ein gemeinsames Konzept, das von beiden Phasen inhaltlich unterstützt wird, auszuarbeiten.

Eine Stärkung der politischen Bildung bezieht sich dabei nicht nur auf das Verbandsnetzwerk,

sondern insbesondere auch auf eine Vernetzung der einzelnen politischen Bildner/-innen. Langfristige Zielsetzung des Landesverbandes ist es, als Kommunikationsplattform in Erscheinung zu treten, in deren Rahmen sich Studierende des Faches, Referendarinnen und Referendare, arrivierte Lehrerinnen und Lehrer, Fachseminarleiter und Fachseminarleiterinnen sowie Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen untereinander und miteinander austauschen und gemeinsame Projekte angestoßen werden können. In diesem Sinne bietet der Landesverband Berlin mit der Politikdidaktik der FU Berlin in Zusammenarbeit mit verschiedenen außerschulischen Kooperationspartnern Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten an.

1. Mit der Landeszentrale für politische Bildung am 14.2.2013: „Disparitäten im Bildungssystem als Herausforderung für den Politikunterricht“ mit Beiträgen von Prof. Dr. Peter Massing, Dr. Sabine Achour, Mirko Niehoff u. a.
2. mit dem Zentrum für Lehrerbildung der FU Berlin die Veranstaltung „Forum Lehrerbildung“ am 22.02.2013 (mit einem Beitrag zur politischen Handlungskompetenz von Prof. Dr. Peter Massing).
3. mit der Friedrich Ebert Stiftung im Frühjahr 2013 eine Veranstaltung zum Thema „Politikvermittlung in der kulturell, religiös und ethnisch heterogenen Gesellschaft“.

Wir hoffen, zahlreiche – auch neue – Mitglieder bei diesen Veranstaltungen begrüßen zu können.

*Dr. Sabine Achour  
Landesvorsitzende*

## Mecklenburg-Vorpommern



### Fortbildungsprogramm auf gutem Wege

Im Rahmen der letzten Mitgliederversammlung im Oktober 2012 beschloss der Landesverband nach langer Debatte schweren Herzens die Erhöhung der Beiträge. Dies wurde notwendig, nachdem der Verband nicht mehr von den Abgaben an den Bundesverband befreit ist. „Um als Verband handlungsfähig zu bleiben, sehen wir keine andere Möglichkeit“ so die einhellige Meinung im Vorstand. Von 2013 an beträgt der reguläre Beitrag 30 Euro jährlich. Verminderte Beiträge von 20 Euro pro Jahr gelten für RentnerInnen, ReferendarInnen und Studierende.

Die Handlungsfähigkeit des Landesverbandes zeigte sich im Herbst 2012 in der Organisation zweier Fortbildungen und der Beteiligung am Jahreskongress der Landeszentrale für politische Bildung. Unter dem Titel „Wohnsteuer Europa? Die europäische Integration als Thema der politischen Bildung.“ war der zum fünften Mal in Folge in Kooperation von Landeszentrale und DVPB organisierte Jahreskongress ein großer Erfolg. Über 150 Interessierte waren in das Pommersche Landesmuseum nach Greifswald gekommen, um sich durch Vorträge und Workshops für die politische Bildung zum Thema Europa fit zu machen (Nähere Informationen sowie die Vorträge unter: <http://www.lpb-mv.de>).

Kooperationen mit anderen Trägern der politischen Bildung nutzen wir auch für unser Angebot der Lehrerfortbildungen. Am 17. Oktober konnten wir gemeinsam mit der Heinrich-Böll Stiftung einen Workshop zu Fragen der Energiewende anbieten. Dieses Thema ist neben anderen als Abiturschwerpunkt 2013 angegeben. Die Kolleginnen und Kollegen bekamen damit die Möglichkeit, sich mit Hintergrundinformationen diesem noch relativ jungen Thema zu versorgen. Am 19. November hieß es dann „Politik lernen mit den Simpsons“ – zu dieser Fortbildung konnten

wir gemeinsam mit der Konrad Adenauer Stiftung und der Arbeitsstelle Politische Bildung der Universität Rostock einladen.

Auch in diesem Jahr werden wir die Reihe an kleinformatischen Fortbildungen fortsetzen. Für den 15. Mai laden wir gemeinsam mit der Friedrich-Naumann Stiftung zu einer abendlichen Fortbildung ein. Voraussichtlich in Stralsund wird es heißen: „Zwischen Liberalismus, Konservatismus und Postmaterialismus? Wie lassen sich Parteien im Jahr 2013 im politischen Spektrum verorten?“ Ein Angebot zu den Abiturschwerpunkten 2014 ist mit der Themensetzung „Migration“ für Rostock geplant.

Aktuelle Informationen können Sie unserer homepage entnehmen ([www.dvpb-mv.de](http://www.dvpb-mv.de)). Gerne nehmen wir auch Ihre Anregungen für Veranstaltungen und Fortbildungen entgegen.

Die Erfahrungen bei der Werbung für Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer ist seit Jahren, dass Infoblätter, Flyer oder auch an die Schulen adressierte Mails den Weg häufig nicht in die Postfächer der betreffenden Kolleginnen und Kollegen finden, sondern in den Sekretariaten „untergehen“. Daher haben wir begonnen, in Kooperation mit dem Zentrum für Lehrerbildung an der Universität Rostock (ZLB) einen eigenen E-Mail-Verteiler für Sozialkunde-Lehrer/innen aufzubauen. Das Interesse des ZLB ist es dabei, die Kooperation zwischen den verschiedenen Ausbildungsphasen der Lehrerbildung zu verstärken. Durch die enge Anbindung des Verbandes an die Arbeitsstelle Politische Bildung an der Universität Rostock glauben wir auch als Interessenverband zur Verbindung der Bereiche Studium – Referendariat – Fortbildung beitragen zu können. Für ein so einwohnerschwaches Land wie Mecklenburg-Vorpommern sehen wir unseren Verteiler mit gut 80 Adressen als ersten Erfolg – und er wächst weiter.

*Dr. Gudrun Heinrich,  
Landesvorsitzende*

## Bayern



### Hannes Macher 70: Nomen est omen

#### Er machte FORUM POLITIKUNTERRICHT zu einer anerkannten Quelle für Politische Bildner

Seit über 25 Jahren ist Studiendirektor a.D. Hannes S. Macher Chefredakteur der Zeitschrift des bayerischen Landesverbands FORUM POLITIKUNTERRICHT. Im Rahmen einer erweiterten Vorstandssitzung und drei Tage nach seinem 70. Geburtstag wurde er für sein Lebenswerk geehrt. Der Landesvorsitzende Prof. Dr. Armin Scherb ging in seiner Laudatio auf das unschätzbare Engagement des Jubilars ein. Von der Auswahl der Schwerpunktthemen über die Suche geeigneter Autoren, der Akquise von Anzeigen, der redaktionellen Bearbeitung der Beiträge und der Verhandlungen mit der Druckerei bis zur Steuerung des Versands erledigt Hannes Macher bei drei Ausgaben pro Jahr nahezu alle Arbeiten selbstständig und in eigener Verantwortung. Sein erfolgreiches Finanzmanagement bildete auch die Grundlage für ein redaktionelles Erscheinungsbild, das sich gerade auch in Zeiten, in denen viel von Politikverdrossenheit die Rede ist, den ästhetisierenden Denk- und Lebensweisen

öffnet und damit vor allem auch jüngeren Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zum Politischen erleichtert. FORUM POLITIKUNTERRICHT ist längst zu einer über die Grenzen Bayerns hinaus anerkannten Quelle für die in der Politischen Bildung Tätigen geworden. Die Kooperation mit den Landesverbänden Sachsen und Thüringen nahm Armin Scherb zum Anlass, Hannes Machers Beitrag zur „Wiedervereinigung der Politischen Bildung“ besonders hervorzuheben.

Zu danken hat der Bayerische Landesverband auch Studiendirektor Bernhard Hof für die langjährige gewissenhafte Tätigkeit als Schatzmeister und Studiendirektorin a.D. Monica Bartl, die eineinhalb Jahrzehnte die Funktion der zweiten Landesvorsitzenden ausübte. Monica Bartl – in dieser Zeit zugleich in verantwortlicher Position in der Fachgruppe Geschichte/Sozialkunde des Bayerischen Philologenverbands tätig – hatte sich in ihrer Amtszeit erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Belange der gymnasialen politischen Bildung gegenüber der Politik und der Verwaltung mit fundierten Argumenten artikuliert werden konnten.

*Dr. Michael Schröder  
stv. Landesvorsitzender*

## Niedersachsen



### Themenschwerpunkte: „Nahe Osten“ und „Arabellion“

Der Landesverband Niedersachsen hat im letzten Jahr den 20. Tag der Politischen Bildung begangen und dies auch ein wenig gefeiert. Regelmäßig rund 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Schulen, Seminaren, Universitäten und non-formalen Bildungseinrichtungen nehmen an unserem traditionsreichen Jahreskongress teil.

Dieses Jahr wird die Veranstaltung unter dem Titel „Nahe Osten – Stagnation oder Aufbruch?“ im Leibnizhaus neben dem Landtag in Hannover am 26. September stattfinden. Als Hauptreferent wurde Prof. Dr. Perthes von der Stiftung Wissenschaft und Politik eingeladen. Als Kooperationspartner wurde dieses Jahr mit der Konrad-Adenauer-Stiftung Bildungswerk Hannover Kontakt aufgenommen. Die Veranstaltung steht dieses Jahr im Kontext mit einer geplanten Bildungsreise nach Israel und Palästina in den Herbstferien. Während die Bildungsreise in erster Linie den Kernkonflikt untersuchen wird, geht der Tag der Politischen Bildung darüber hinaus. Der Israel-Palästina-Konflikt soll eingebettet werden in die Entwicklungen zwischen Maghreb, Ägypten, Syrien bis rauf in die Türkei. Die „Arabellion“ ist weiterhin am Brodeln und nicht alles ist bereits absehbar. Sicher ist nur, dass nichts bleibt wie es war und dass wir nicht nur als Nachbarn betroffen sind, sondern dass die universellen Werte und Menschenrechte verhandelt werden. Dies kann Politische Bildnerinnen und Bildner nicht kalt lassen. Neben den geplanten Vorträgen, stehen am Nachmittag Fragen der Umsetzung im Unterricht in den unterschiedlichen Schulformen zur Diskussion.

Ich möchte auch bereits jetzt darauf hinweisen, dass im Anschluss an den Jahreskongress die zweijährliche Mitgliederversammlung stattfindet, auf der auch der Vorstand neu gewählt wird. Alle Mitglieder sind herzlich hierzu eingeladen und auch zum anschließenden kleinen Buffet.

*Markus W. Behne  
Landesvorsitzender*

## Bremen



### Landesverband Bremen stellt sich neu auf

Es war still geworden um den Landesverband Bremen der DVPB, aber nun sollen die Aktivitäten wieder verstärkt werden. Am 15.10.2012 wurde Prof. Andreas Klee, Professor für Didaktik der Politikwissenschaft an der Universität Bremen zum ersten Vorsitzenden gewählt. (Kontakt: Prof. Dr. Andreas Klee, aklee@uni-bremen.de)

Unterstützt wird er von der zweiten Vorsitzenden Regina Piontek. „Wir wollen den Landesverband in der Landschaft der Politischen Bildung in Bremen neu verankern“, umreißt Andreas Klee das wichtigste Ziel für die nächsten Monate. Der Start dazu ist gelungen: durch die Mitwir-

kung von Vertretern der schulischen und universitären Politischen Bildung und der Bildungsbehörde sind wichtige Akteure bereits eingebunden, allerdings muss gerade in der Lehrerschaft noch um Mitglieder geworben werden und auch der Kontakt zur außerschulischen Politischen Bildung wird gesucht. Regina Piontek und Andreas Klee sind sich einig: „Für das kommende Jahr arbeiten wir an der Konzeption einer Workshopreihe und an Fort- und Weiterbildungsangeboten.“

Aber auch etablierte Formate wie die Bremer Stadtforscher oder die Planspieltage werden weiter angeboten. Neumitglieder und Interessierte sind herzlich willkommen. Ein besonderer Dank gilt Pit Wenninger, dem langjährigen und nun scheidenden



Prof. Dr. Andreas Klee  
(Universität Bremen)

den ersten Vorsitzenden, der in den letzten Jahren unermüdlich für den Erhalt und die Weiterentwicklung des Landesverbands Bremen gekämpft hat.

*Sonja Borski  
Mitglied des Landesvorstands*

## Rheinland-Pfalz



### 7. DEMOKRATIETAG in Mainz fordert Stärkung des Faches SOZIALKUNDE!

Am 14. November 2012 fand im Mainzer Landtag der 7. Demokratietag statt. Die Veranstaltung, finanziell wie auch personell vom DVPB Landesverband RLP unterstützt, bot in diesem Jahr über 250 geladenen Gästen – mehrheitlich Multiplikatoren der Politischen Bildung – ein Forum, um über Herausforderungen unserer Demokratie und Möglichkeiten für eine stärkere Bürgerbeteiligung – insbesondere der jungen Generation – zu diskutieren.

Der 7. Demokratietag hatte viele Höhepunkte und einen bemerkenswerten Ertrag. Insbesondere aus den verschiedenen Diskussionsrunden am Nachmittag wurden Ergebnisse herauskristallisiert, die in einem abschließenden Podiumsgespräch im Landtag an hohe Vertreter der Exekutive und Legislative herangetragen wurden. Bei diesen Ergebnissen aus den Diskussionsrunden handelte es sich um Anliegen, die auch die DVPB als Fachverband seit vielen Jahren

vertritt. Im Zentrum dieser Ergebnisse stand sehr deutlich der Wunsch nach einer Stärkung des Faches Sozialkunde an den Schulen!

Konkret wurden – auf das Fach Sozialkunde bezogen – folgende Forderungen an die politischen Entscheidungsträger formuliert:

- Das Fach Sozialkunde soll hinsichtlich der Wochenstundenzahl deutlich gestärkt werden!
- Sozialkunde soll früher im Unterricht einsetzen – möglichst bereits ab Klasse 5!
- Sozialkunde soll durchgängig als Fach in allen Jahrgangsstufen unterrichtet werden – auch in der Sekundarstufe II bis zum Abitur!

Die politischen Entscheidungsträger, insbesondere der damals noch amtierende Ministerpräsident Kurt Beck, haben im Vorfeld und auch am Tage der Veranstaltung zugesagt, dass die Ergebnisse des Demokratietags ernst genommen werden und in politische Entscheidungsprozesse

in der Landesregierung und im Landesparlament einfließen.

Die DVPB hofft, dass diesem auf dem 7. Demokratietag erneut zum Ausdruck gekommenen großen Bedürfnis nach einer Stärkung und Aufwertung des Faches Sozialkunde endlich Rechnung getragen wird. Als Fachverband hoffen wir auf eine angemessene Erhöhung der Wochenstundenzahl für das Fach Sozialkunde. Dies wäre ein klares Zeichen für den hohen Stellenwert Politischer Bildung, politischer Partizipation, bürgerschaftlichen Engagements und demokratischer Werte in Rheinland-Pfalz und auch ein Symbol für die Wertschätzung unserer jungen Generation, die ebenfalls immer wieder für eine Stärkung des Faches Sozialkunde plädiert.

*Bettina Anslinger-Weiss  
Landesvorsitzende*

## Fortsetzung Rheinland-Pfalz

### Enquete-Kommission des Landtages: „Bürgerbeteiligung“

Nach einer ersten Anhörung der DVPB Rheinland-Pfalz in der Enquete-Kommission 16.2. „Aktive Bürgerbeteiligung für eine starke Demokratie, konnte sich der Landesvorstand als Interessenvertretung der Sozialkundelehrerinnen und -lehrer mit einer zweiten Anhörung abermals in die parlamentarische Arbeit einbringen.

Nachdem im Januar 2012 (Kinder und Jugendbeteiligung/Mitbestimmung in der Schule) die Landesvorsitzende Bettina Anslinger-Weiss die DVPB vertrat (Bericht siehe auch POLIS 1/2012), war im August 2012 der Stv. Landesvorsitzende Björn Kilian Sprecher der DVPB für die Position zum Thema „Aktivierung und Orientierung durch politische Bildung“.

*Neben der Beantwortung von drei Leitfragen der Kommission kristallisierte sich in der Fragerunde die Frage nach den Trägern und Organisationsformen der Politischen Bildung für junge Menschen als kontroverser Kern heraus.*

Die Leitfrage nach „Erfahrungen mit dem Thema Bürgerbeteiligung“ konnte klar mit den beiden

Berührungspunkten Sozialkundeunterricht (und den entsprechenden Themen der Lehrpläne) sowie der Rolle von Politiklehrerinnen und -lehrern als Multiplikatoren in den Schulen beantwortet werden. Auf Basis des engagierten Politikunterrichts entstehen die meisten Beteiligungsprojekte in Schulen oder projektorientierte Kooperationen mit außerschulischen Partnern. Hier geht die Bedeutung der Fachlehrkräfte weit über den Fachunterricht hinaus. In der Betrachtung der „Möglichkeiten der Weiterentwicklung der Politischen Bildung in Hinblick auf Bürgerbeteiligung“ vertritt die DVPB die eindeutige Forderung nach eine Stärkung des Faches Sozialkunde in der Stundentafel. Die politische Perspektive auf aktuelle Vorgänge und Themen des Lehrplans und deren schüler- wie auch handlungsorientierte Vermittlung kann nur mit einer guten zeitlichen Ausstattung realisiert werden. Betrachtet man verschiedene Themen in den Lehrplänen der gemeinschaftskundlichen Fächer, so fällt auf, dass Kernthemen des demokratischen Selbstverständnisses der Bundesrepublik Deutschland mit einer verhältnismäßig geringen Stundenzahl abgedeckt werden müssen.

Der auch in der Sitzung der Enquete-Kommission vorgebrachten These, freie Projekte der Poli-

tischen Bildung bzw. Demokratieerziehung könnten fehlende Unterrichtsstunden kompensieren oder seien gar vorteilhafter, kann die DVPB nicht folgen. Neben erheblichen fachdidaktischen Bedenken steht hier besonders eine Sorge im Raum: die unbedingte Achtung des Beutelsbacher Konsens als Fundament Politischer Bildung. Nicht ohne Staunen konnte sogar in der laufenden Anhörung festgestellt werden, dass dieser demokratische Grundsatz der Politischen Bildung nicht allen der anwesenden Politiker und Experten vertraut war. Ein Vertreter einer Organisation bestand sogar darauf, „politische Haltungen“ vermitteln zu wollen und nicht das Angebot zu bieten, eine eigene politische Haltung zu entwickeln.

Vor diesem Hintergrund fällt es der DVPB schwer, eine Verschiebung oder deutliche Erweiterung der schulischen Politischen Bildung auf eine Vielzahl heterogener Projektanbieter zu begrüßen.

Die Folgerungen aus dieser Kontroverse zeigten sich bei der dritten Leitfrage besonders deutlich: „Herausforderungen für die Politische Bildung durch mehr Bürgerbeteiligung“.

Einem Mehr an Bürgerbeteiligung in der heutigen Gesellschaft, geprägt durch den demographischen Wandel, muss durch ein deutliches Mehr an politischer Bil-

dung für ALLE Jugendlichen vorbereitet und begleitet werden.

Aus langjährigen Erfahrungen mit Projekten der Politischen Bildung kann Seitens der DVPB festgestellt werden, dass meistens leider nur eine bestimmte Teilgruppe erreicht wird: bereits interessierte und engagierte junge Menschen, häufig mit einem bildungsfreundlichen oder politisch engagierten Elternhaus. Alleine ein starker, moderner und aufgewerteter Politikunterricht erreicht alle Jugendlichen eines Jahrgangs, unabhängig von sozialen, kulturellen oder religiösen Hintergründen der Familien. Gemessen an dem guten pädagogischen Grundsatz, dass Schülerinnen und Schüler dort abgeholt werden müssen, wo sie stehen, kann nur festgestellt werden, dass der Weg sie abzuholen immer länger wird. Daher sollte substantiell und nachhaltig in die schulische Politische Bildung investiert werden – und nicht alleine in vielleicht aktivierende, aber auch vergehende, kurze Projekte.

Der Landesvorstand der DVPB wird weiter das Thema Demokratie, Bürgerbeteiligung und Schule begleiten, besonders da entsprechende parlamentarische Initiativen aller Fraktionen im Landtag angekündigt worden sind.

*Björn Kilian,  
Stv. Landesvorsitzender*

## Sachsen-Anhalt



### Annette Adam ist neue Landesvorsitzende

Politiklehrritage 2012: Am 9. und 10. November 2012 fanden die jährlichen Politiklehrritage statt, dieses Mal in Halle (Saale) und wie immer in bewährter und vorzüglich gelingender Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung.

Unser Thema war am ersten Tag: „Wer regiert Deutschland – Wirtschaft oder Politik?“ Nach einem Grußwort des Kultusministers Stephan Dorgerloh diskutierten der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Marco Tullner und Prof. Dr. Everhard Holtmann (Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg), woran sich ein Vortrag von Prof. Dr. Paul J. Welfens (Bergische Universität, Wuppertal) anschloss. Die komplizierten Zusammenhänge, die dargestellt und bewertet wurden, machten wieder einmal deutlich, dass politische

und wirtschaftliche Fragen nicht getrennt werden dürfen (und schon gar nicht in verschiedene Schulfächer), sondern dass sie interdisziplinär verhandelt werden müssen. Am Abend stellten zwei Landtagsabgeordnete – Rita Mittendorf, SPD, und Prof. Dr. Claudia Dalbert, Grüne – ihre Arbeit vor. Unsere Leitfrage war: „Warum tue ich mir das an?“ Die Berichte und Antworten der beiden MdL. waren erhellend und interessant! Am zweiten Tag folgten drei Workshops zur Auswahl für die praktische Arbeit im Unterricht. Christian Fischer (Halle) stellte das von ihm entwickelte und vielfach erprobte Planspiel „Planwirtschaft“ vor, Jürgen Schlicher (Düsseldorf) gab Hinweise zur Darstellung und Aufarbeitung von Ausgrenzungsmechanismen (Mobbing), und Andreas Petrik (Halle) verwickelte die TeilnehmerInnen in eine Trainingssequenz zu seinem Modell der Dorfgründung.

**Wahlen zum Vorstand:** Marga Kempe kandidierte aus beruflichen Gründen „nur“ noch als Geschäftsführerin. Zur neuen Vorsitzenden wurde Annette Adam aus Bitterfeld-Wolfen gewählt. Weitere Mitglieder des neuen Vorstands sind: Marga Kempe (Sülzetal, Geschäftsführerin), Cornelia Stietzel (Magdeburg, Schatzmeisterin), Christian Fischer (Halle), Prof. Dr. Peter K. Fritzsche (Magdeburg), Angelika Grah (Schönebeck), Prof. Dr. Sibylle Reinhardt (Halle), Dr. Sabine Thormann (Schkopau), Liane Viele (Asechersleben). Ausgeschieden ist wegen eines Umzugs Prof. Dr. Wolfgang Berg, dem wir herzlich für sein andauerndes Engagement danken.

Ein besonderer Dank gebührt Marga Kempe für die vielen Jahre, die sie den Vorsitz ausgefüllt hat! Sie war eine effektive und integrative Vorsitzende, sie hat neue Unternehmungen angeregt und koordiniert, sie hat die Kooperationen mit Landeszentrale und Kultusministerium maßgeblich gestaltet, sie hat schließlich neue Mitglieder ermutigt mitzumachen. Wenige Jahre nach der Gründung des Landes-

verbandes übernahm sie im Jahre 1995 den Vorsitz und hat mit dieser ehrenamtlichen Tätigkeit die schulische politische Bildung in Sachsen-Anhalt stark gefördert. Wir sind froh, dass sie unsere Geschäftsführerin sein wird und dass sie weiterhin auch für uns im Bundesvorstand als Schatzmeisterin arbeiten wird.

**Unterrichtswerkstatt – neues Projekt:** In der Mitgliederversammlung wurde beschlossen, eine „Unterrichtswerkstatt“ für die Mitglieder zu gründen. Lehrer und Lehrerinnen haben häufig nur wenige Möglichkeiten, Ideen und Erfahrungen zu ihrem Unterricht im Fach „Sozialkunde“ auszutauschen und sich gegenseitig anzuregen und sich konstruktiv zu kritisieren. In die Werkstatt können Ideen und Unterrichtsreihen oder -bausteine eingebracht werden, an denen dann gemeinsam gearbeitet wird. Die Unterrichtswerkstatt wird koordiniert durch die Vorstandsmitglieder Dr. Sabine Thormann und Christian Fischer.

*Prof. Dr. Sibylle Reinhardt  
Mitglied des Landesvorstands*

## Thüringen



## Landesverband Thüringen setzt auf Kontinuität

Neuwahl des Vorstandes im Rahmen der Mitgliederversammlung am 13.11.2012:

Nach der Begrüßung und Eröffnung durch den Landesvorsitzenden Anselm Cypionka blickte dieser auf die Arbeit des Verbandes der vergangenen zweieinhalb Jahre zurück. Er würdigte die regelmäßigen Treffen und Veranstaltungen in Kooperation mit dem Thillm, der Professur für Didaktik der Politik an der FSU Jena, der Landeszentrale für politische Bildung und dem Förderprogramm Demokratisches Handeln. So konnte der Landesverband zu den politischen Stammtischen, den Jenaer Gesprächen und der Regionalen Lernstatt Demokratie zahlreiche Gäste begrüßen. Besonderen Anklang findet der seit drei Jahren regelmäßig verliehene Abiturpreis. Dadurch können junge und politisch engagierte Mitglieder für den Verband gewonnen werden.

Der Landesvorsitzende würdigte die Mitarbeit einiger Verbandsmitglieder bei der Erstellung der seit diesem Schuljahr in Thüringen gültigen neuen Lehrpläne für das Fach Sozialkunde in allen Schularten.

Cypionka dankte abschließend den Vorstandsmitgliedern Marc Partetzke und Toralf Schenk für ihre Öffentlichkeitsarbeit, die den Verband in POLIS und FPU nach außen hin stets umfassend und pünktlich vertreten. Dank galt ebenso Dennis Hauk, der seit Jahren für eine aktuelle und zeitgemäße Gestaltung der Homepage eintritt.

Die Schatzmeisterin Dr. Sigrig Biskupek legte im Anschluss den Kassenbericht vor, der von den Kassenprüfern (Thomas Thieme und Matthias Werner) als ordnungsgemäß und transparent geführt angesehen wurde. Darin verwies sie auch auf die kontinuierliche Fluktuation von Verbandsmitgliedern, die sich zu einem Großteil aus Studenten und Lehramtsanwärtern zusammensetzt. Dank einiger Neuzugänge konnte die Mitgliederzahl mit 58 nahezu konstant gehalten werden.

Da sich die Einnahmen des Landesverbandes ausschließlich



Der neue Landesvorstand aus Thüringen: Toralf Schenk; Anselm Cypionka, Prof. Dr. Michael May, Christian Schäfer (v.l.)

aus den Mitgliedsbeiträgen ergeben, bedarf es einer sparsamen Haushaltspolitik des Landesverbandes, für die Biskupek sorgt. Sie würdigte das große ehrenamtliche Engagement der Mitglieder, das erheblich zur Kostenminimierung beiträgt.

Die diesjährige Mitgliederversammlung nutzte Dr. Biskupek zugleich um nach 22 Jahren von ihrem Amt als Schatzmeisterin zurückzutreten. Für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit und das Engagement des Landesvorsitzenden Anselm Cypionka bedankten sich die Verbandsmitglieder mit einem kleinen Präsent.

Nach der einstimmigen Entlastung des Vorstandes wurde ein neuer Vorstand gewählt. Einstimmig wurde Anselm Cypionka im Amt des 1. Landesvorsitzenden bestätigt. Die Wahl der 2. Landesvorsitzenden fiel auf Prof. Dr. Michael May und Toralf Schenk. Neuer Schatzmeister ist Christian Schäfer. Im Amt der Kassenprüfer wurden Thomas Thieme und Matthias Werner bestätigt. Beisitzer des neuen Vorstandes sind: Dr. Sigrig Biskupek, Monika Detzner, Dr. Hans-Peter Ehrentraut-Daut, Dennis Hauk, Corinna Ortuno, Marc Partetzke, Thomas Thieme und Matthias Werner.

Auf Antrag des neugewählten Vorstandes fasste die Mitgliederversammlung im Anschluss an die Wahl einheitlich den Beschluss den Jahresbeitrag für alle Thüringer Verbandsmitglieder ab dem 1.1.2013 einheitlich auf 35 Euro anzuheben. Grund für diese Maßnahme ist der Anstieg des Pflichtbeitrages, den jeder Landesverband an den Bundesverband abführt. Dieser stieg von 3,50 Euro auf 8 Euro. Zudem informierte der Vorstand die Mit-

glieder des Verbandes über eine geplante Kooperationsveranstaltung mit dem DVPB Landesverband Bayern.

*Toralf Schenk, Jena  
Stv. Landesvorsitzender*

### Bericht zu den Jenaer Gesprächen zur politischen Bildung

Am Dienstag, den 13. November 2012 fanden sich in der Friedrich-Schiller-Universität Jena nur wenige Tage nach dem 23. Geburtstag des Mauerfalls interessierte Politikdidaktiker, Lehrer und Studierende, aber auch zahlreiche externe Gäste zusammen, um auf den schon zu einer beliebten Tradition gewordenen „Jenaer Gesprächen zur politischen Bildung“ die DDR für 90 Minuten in den Mittelpunkt ihrer Debatte zu stellen.

Dabei lag der Schwerpunkt auf einem Problem, das der Referent Dr. Matthias Wanitschke mithilfe eines fiktiven Zitats pointiert formuliert hat:

*„Meine Eltern erzählen mir aber etwas anderes ... Politisch-historische Bildungsarbeit zur DDR-Diktatur mit Schülern und Jugendlichen“.*

Im Vordergrund des Referates und der anschließenden Diskussion stand demzufolge die Diskrepanz, die mitunter zwischen historischen Quellen und den persönlichen Wahrnehmungen von Privatpersonen, die in der DDR gelebt haben, zu beobachten ist. Dr. Matthias Wanitschke kann dabei als einer der Landesbeauftragten Thüringens für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes auf

eine breite Basis von Quellen zurückgreifen. Ursprünglich aus Stralsund stammend, jedoch im Eichsfeld aufgewachsen, bringt er als Katholik zudem einen ganz persönlichen Hintergrund mit, der ihm während seiner Abiturzeit an einem katholischen Gymnasium in Magdeburg, aber auch während seines Theologiestudiums in der DDR immer wieder Schwierigkeiten bereitet hat und ihm daher als Grundlage und Ausgangspunkt für weitere Studien und Belege zu dem genannten Thema dient.

Die sich an das Referat anschließende Debatte haben zudem weitere geladene Podiumsgäste bereichert, die von Herrn Prof. Dr. Michael May vorgestellt worden sind: So konnten Ben Thusedek, Mitarbeiter des Grenzlandmuseums im Eichsfeld, und Thomas Thieme, Fortbildungskoordinator des Schulamts Mittelhüringen, vor allem aber engagiert in dem Förderprogramm „Demokratisch handeln“, ebenfalls zu ihren Erfahrungen mit Jugendlichen und dem Thema „DDR-Diktatur“ befragt werden.

Zunächst stellte für Dr. Wanitschke die Frage den Ausgangspunkt, inwiefern bei Kindern und Jugendlichen die Erzählungen ihrer Eltern aus der „DDR-Zeit“ Lernbarrieren erzeugen, wenn diese nicht mit den Inhalten übereinstimmen, die in der Schule vermittelt werden. Um darauf eine Antwort zu finden, greift er auf Primärquellen wie die Verfassung der DDR, das Wörterbuch der Staatssicherheit, aber auch auf eigene Zeugnisse aus seiner Schullaufbahn zurück und konnte eindrücklich demonstrieren, dass das Ziel der DDR darin bestand, jeden Bürger zugleich zur Erziehung und zur Selbsterziehung auf dem Weg zum Erreichen einer tschechistischen Disziplin anzuhelfen und damit jeder zugleich Objekt und Subjekt in einem Netz von Fremd- und Selbstkontrollinstanzen geworden ist. Daraus leitete Wanitschke die These ab, dass ein Teil der ehemaligen Bürger der DDR auch heute noch an dieser Selbst-„Gleichschaltung“ insofern leidet, als diese mitunter einen differenzierten Blick auf die Diktatur verhindert. Um jedoch Schülern eine umfassenderen Eindruck in diesen Aspekt der deutschen Vergangenheit zu ermöglichen, greift er auf die Methode der Multiperspektivität zurück, bei der Zeitebenen interviewt und zu-

gleich historische Quellen zu entsprechenden Ereignissen betrachtet werden.

In der Debatte im Anschluss regte das Publikum durch zahlreiche Rückfragen zum Schülerklientel, mit dem dieses Projekt durchgeführt werden kann, sowie zur Wirksamkeit bzw. Nachhaltigkeit der Erkenntnisse, die die Schüler gewinnen können, eine lebhaft Diskussions an. Wanitschke erklärte, dass es nach entsprechender Anpassung mit einem breiten Spektrum an Lernenden bereits durchgeführt wurde, das von Grundschulern über Gymnasiasten bis hin zu Analphabeten eines Gefängnisses reichte. Zudem haben Ben Thusdek, Thomas Thieme und Matthias Wanitschke herausgestellt, dass das Projekt zum Erreichen einer dauerhaften Wirksamkeit nur ein Baustein neben anderen sein kann und nannten als Beispiele für weitere Initiativen eine Museums-AG und ein Lesecafé, die vom Grenzlandmuseum regelmäßig veranstaltet werden, sowie eine dauerhafte Auseinandersetzung mit dem Thema. Dabei komme dem Förderprogramm „Demokratisch handeln“ eine wichtige Rolle zu; vor allem aber sei der ständige Dialog mit den Menschen, die in der DDR gelebt haben, von größter Bedeutung für die politische Urteilsbildung.

*Corinna Ortuno, Jena  
Mitglied des erweiterten  
Landesvorstandes*



Prof. Dr. Michael May während seiner Eröffnungsrede zu den Jenaer Gesprächen zur Politischen Bildung im Hörsaal 3 der Friedrich-Schiller-Universität in Jena.

### Planungen des DVPB-Landesverband Thüringen 2013

Zu seiner zweiten Sitzung seit der Wahl im November 2012 traf sich der Landesvorstand in der IGS „Grete Unrein“ Jena kurz vor dem Weihnachtsfest um die Aktivitäten für das Jahr 2013 gemeinsam zu planen und zu koordinieren.

Im Vorfeld des Treffens wurde Christian Schäfer als neuer Schatzmeister durch die langjährige Vorgängerin Dr. Sigrüd Biskupek in das Amt eingeführt und erhielt wichtige Unterlagen.

Am 14./15. März 2013 wird es wie in den vergangenen Jahren auch wieder zu einer Kooperationsveranstaltung mit dem Förderprogramm Demokratisch Handeln und der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e.V. in Jena kommen. Der Landesverband wird im Rahmen der Regionalen Lernstatt einen Workshop anbieten.

Wenige Tage zuvor, am 05.03.2013 um 17.00 Uhr, findet auf Anregung Prof. Dr. Michael Mays erstmals ein „Kamingespräch zur Politikdidaktik“ in der Bohlenstube des Gasthauses „Zur Noll“ statt. Ziel dieses neuen Diskussionsforums ist es, gemeinsam mit interessierten Verbandsmitgliedern über aktuelle politikdidaktische Fragen ins Gespräch zu kommen. Im Mittelpunkt des ersten Kamingesprächs steht das Thema: „Basiskonzepte in der po-

# Thillm

Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien

litischen Bildung – didaktische Mode oder Planungshilfe für den Unterricht?“

Am 06. Juni 2013 findet der Jenaer Tag der Politikwissenschaft und damit auch der Thüringer Lehrerpolytag an der Friedrich-Schiller-Universität statt. Neben politikdidaktischen Fachvorträgen, beabsichtigt der Landesverband drei unterrichtspraktische Workshopangebote anzubieten, die sich mit dem Lerngegenstand Europa auseinandersetzen. Ziel ist es, dadurch wieder verstärkt Lehrer verschiedener Schularten aber auch Lehramtsanwärter für den Lehrerpolytag anzusprechen.

Zu den traditionellen Jenaer Gesprächen zur Politischen Bildung lädt der Landesverband in Kooperation mit dem Thillm, der Landeszentrale für politische Bildung und der Professur für Didaktik der Politik an der FSU Jena am Dienstag, dem 12.11.2013, um 18:30 Uhr, in die Friedrich-Schiller-Universität ein.

Ebenfalls im November (15./16.11.2013), plant der Landesverband eine Kooperationsveranstaltung mit anderen Landesverbänden zum Thema: „Konzepte und Kompetenzen in der Lehrbildung im Ländervergleich“ und lädt dazu in die EJBW nach Weimar ein.

Alle Veranstaltungen und aktuellen Angebote können die Mitglieder über die Homepage des Landesverbandes unter: <http://www.dvpb-thueringen.de/> jederzeit einsehen.

*Toralf Schenk, Jena  
stv. Landesvorsitzender*

### Landesverband schreibt zum vierten Mal Abiturpreis aus

Der Landesverband Thüringen schreibt 2013 zum vierten Mal in Folge einen Abiturpreis aus, 2010 einigte sich der Landesvorstand, Schülerinnen und Schüler der Abiturstufe in Thüringen für ihr schulisches und außerschulisches Engagement im Bereich der politischen Bildung auszuzeichnen. Im vergangenen Jahr wurde Hendrik Bachmann vom Pestalozzi-Gymnasium in Stadtroda im Rahmen der Abiturfeier geehrt.

Damit wurden nicht nur seine sehr guten schulischen Leistungen sondern auch seine zahlreichen ehrenamtlichen außerschulischen Aktivitäten gewürdigt. So engagierte sich Hendrik viele Jahre als Schülersprecher und Kreisschülersprecher im Saale-Holzland-Kreis.

Im Zuge unserer Arbeit als Landesvorstand sind wir besonders daran interessiert, junge Menschen für die aktive Wahrnehmung ihrer Bürgerrolle zu gewinnen und sie dazu zu ermutigen, sich aktiv für die politische Bildungsarbeit – auch direkt vor Ort – einzusetzen. In diesem Zusammenhang bittet der Landesverband der DVPB alle Bildungsträger in Thüringen diejenigen Schülerinnen und Schüler des Abiturjahrgangs 2013 auszuwählen, die sich durch hervorragende Leistungen im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich und ein (hohes) ehrenamtliches Engagement (z.B. im Rahmen der Schülermitverwaltung) auszeichnen. Das schulische und gesellschaftliche Engagement der Abiturienten und Abiturientinnen soll im Rahmen der Zeugnisausgabe mit einer Urkunde, einem Büchergutschein und einer einjährigen kostenlosen Mitgliedschaft im Landesverband gewürdigt werden.

Vorschläge senden Sie bitte schriftlich oder per E-Mail an folgende Adresse:

Anselm Cypionka – Alte Landstraße 4 – 07806 Neunhofen  
E-Mail: [Anselm.Cypionka@web.de](mailto:Anselm.Cypionka@web.de)

*Toralf Schenk, Jena  
stv. Landesvorsitzender*